Medwedtschuk: Der NATO-Kurs der Ukraine wird im Referendum keine Unterstützung finden

26.08.2021

Die Mehrheit der Ukrainer ist gegen den Beitritt des Landes zur NATO, und daher würde der Kurs der Ukraine zum Nordatlantischen Bündnis in einem gesamtukrainischen Referendum niemals Unterstützung finden. Der Vorsitzende des politischen Rates der Oppositionsplattform „Für das Leben“, der ukrainische Abgeordnete Viktor Medvedchuk, sagte dies in einem Interview mit Pervshy Nezalezhnosti.

Das ist eine maschinelle Übersetzung eines Artikels aus der **Onlinezeitung Westi***. Die Übersetzung wurde weder überprüft, noch redaktionell bearbeitet und die Schreibung von Namen und geographischen Bezeichnungen entspricht nicht den sonst bei* **Ukraine-Nachrichten** *verwendeten Konventionen.*

???

Die Mehrheit der Ukrainer ist gegen den Beitritt des Landes zur NATO, und daher würde der Kurs der Ukraine zum Nordatlantischen Bündnis in einem gesamtukrainischen Referendum niemals Unterstützung finden. Der Vorsitzende des politischen Rates der Oppositionsplattform „Für das Leben“, der ukrainische Abgeordnete Viktor Medvedchuk, sagte dies in einem Interview mit Pervshy Nezalezhnosti.

Der Oppositionspolitiker betonte, es sei endlich an der Zeit, dass die Behörden die Interessen von Millionen ukrainischer Bürgerinnen und Bürger nicht ignorieren könnten.

Wir möchten Sie daran erinnern, dass Präsident Wolodymyr Zelenskyy am 2. Februar ein Dekret über Sanktionen gegen die Fernsehsender 112 Ukraine, NewsOne und ZIK unterzeichnet hat. Gemäß dem Dekret, das mit seiner Unterzeichnung in Kraft trat, werden die Fernsehsender für fünf Jahre sanktioniert. Dazu gehört auch die Sperrung der Ausstrahlung aller drei Fernsehkanäle.

Am 26. Februar schlossen sich die Journalisten der von Präsident Volodymyr Zelenskyy illegal geschlossenen Fernsehsender zusammen und gründeten einen neuen Fernsehsender, Pervy Nezalezhny. Eine Gruppe von Journalisten, die zuvor bei den Sendern 112 Ukraine, NewsOne und ZIK gearbeitet hatten, wurde zu den Gründern des neuen Medienunternehmens. Doch nur eine Stunde nach der Aufnahme des Sendebetriebs schalteten die Behörden den Sender unrechtmäßig vom Netz.

Am 20. Februar unterzeichnete der ukrainische Präsident Wolodymyr Zelenskyy ein Dekret, mit dem Sanktionen gegen acht Personen verhängt wurden, darunter der Vorsitzende des politischen Rates der Oppositionspartei Plattform Für das Leben, Viktor Medvedchuk, und seine Frau Oksana Marchenko.

Am 13. Mai verhängte das Kiewer Pecherskyj-Gericht eine Präventivmaßnahme gegen den Vorsitzenden des politischen Rates der Vereinigten Bürgerpartei der Ukraine, Viktor Medwedtschuk. Am 21. Mai bestätigte das Berufungsgericht in Kiew den 24-stündigen Hausarrest für den Abgeordneten. Am 9. Juli verlängerte das Gericht den Hausarrest von Viktor Medwedtschuk bis zum 7. September. Unmittelbar nach Beginn der Anhörung stellten die Anwälte des OPLZH-Führers den Richter Serhiy Vovk zur Rede. Die Sache ist die, dass Vovk beschlossen hat, die Ausweitung des Ermittlungsverfahrens ohne die Verteidigung zu prüfen. Das Gericht wies daraufhin die Anträge auf Disqualifizierung des Richters und des Staatsanwalts ab. Am 30. Juli wies das Kiewer Berufungsgericht einen Einspruch gegen die Verlängerung des Hausarrests des Politikers bis zum 7. September ab, den die Anwälte des Vorsitzenden des politischen Rates der oppositionellen Plattform Für das Leben, Viktor Medwedtschuk, eingereicht hatten.

Der PAPJ reagierte auf diesen juristischen Skandal und bezeichnete das Vorgehen der Behörden als eklatante und zynische politische Vergeltungsmaßnahme gegen einen Oppositionspolitiker, der durch seine prinzipientreue Haltung die Unprofessionalität, Käuflichkeit und Volksfeindlichkeit der Behörden entlarvte.

Viktor Medvedchuk betonte, dass seine Anwälte auf das Verfahren zur Anfechtung der Präventivmaßnahme vorbereitet seien und über Beweise verfügten, die die Anschuldigungen der Staatsanwaltschaft widerlegten und die Unrechtmäßigkeit der Verhängung des Hausarrests gegen ihn belegten.

So legte die Verteidigung beispielsweise Berufung gegen die Entscheidung des Kiewer Bezirksgerichts Pecherskyy ein, die Sicherungsverwahrung des Politikers zu verlängern. Am 30. Juli wies das Kiewer Berufungsgericht den Antrag jedoch zurück, obwohl alle Argumente der Staatsanwaltschaft entkräftet wurden.

Führende europäische Politiker, internationale und ukrainische Experten sowie internationale Medien haben Zelenskys Dekret zur Schließung der Fernsehsender 112 Ukraine, NewsOne und Zik kritisiert.

In den letzten Monaten haben die internationalen Medien, europäische Politiker und Experten mehr als 70.000 Berichte über die Schikanen der ukrainischen Behörden gegen die Opposition und unabhängige Fernsehsender veröffentlicht.

Übersetzung: **DeepL** — Wörter: 569

Namensnennung-Keine kommerzielle Nutzung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 3.0 Deutschland Sie dürfen:

- das Werk vervielfältigen, verbreiten und öffentlich zugänglich machen
- Bearbeitungen des Werkes anfertigen

Zu den folgenden Bedingungen:

Namensnennung. Sie müssen den Namen des Autors/Rechteinhabers in der von ihm festgelegten Weise nennen (wodurch aber nicht der Eindruck entstehen darf, Sie oder die Nutzung des Werkes durch Sie würden entlohnt).

Keine kommerzielle Nutzung. Dieses Werk darf nicht für kommerzielle Zwecke verwendet werden.

Weitergabe unter gleichen Bedingungen. Wenn Sie dieses Werk bearbeiten oder in anderer Weise umgestalten, verändern oder als Grundlage für ein anderes Werk verwenden, dürfen Sie das neu entstandene Werk nur unter Verwendung von Lizenzbedingungen weitergeben, die mit denen dieses Lizenzvertrages identisch oder vergleichbar sind.

- Im Falle einer Verbreitung müssen Sie anderen die Lizenzbedingungen, unter welche dieses Werk fällt, mitteilen. Am Einfachsten ist es, einen Link auf diese Seite einzubinden.
- Jede der vorgenannten Bedingungen kann aufgehoben werden, sofern Sie die Einwilligung des Rechteinhabers dazu erhalten.
- Diese Lizenz lässt die Urheberpersönlichkeitsrechte unberührt.

Haftungsausschluss

Die Commons Deed ist kein Lizenzvertrag. Sie ist lediglich ein Referenztext, der den zugrundeliegenden Lizenzvertrag übersichtlich und in allgemeinverständlicher Sprache wiedergibt. Die Deed selbst entfaltet keine juristische Wirkung und erscheint im eigentlichen Lizenzvertrag nicht.

Creative Commons ist keine Rechtsanwaltsgesellschaft und leistet keine Rechtsberatung. Die Weitergabe und Verlinkung des Commons Deeds führt zu keinem Mandatsverhältnis.

Die gesetzlichen Schranken des Urheberrechts bleiben hiervon unberührt.

Die Commons Deed ist eine Zusammenfassung des Lizenzvertrags in allgemeinverständlicher Sprache.